

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN

Rund zwei Drittel der Unterstützungs-Erklärungen geschafft!

Diesmal können wir die erfreuliche Mitteilung machen, daß nunmehr bereits rund zwei Drittel der gesetzlich geforderten (an die zehntausend) Unterstützungs-Erklärungen von unseren Mitarbeitern erarbeitet werden konnten. **Rund 6.500 Bürger aus allen Bundesländern** haben sich der Mühe unterzogen und sind extra dafür ins Gemeindeamt bzw. Magistrat gegangen oder haben bei den Aktionstagen vor einem Notar unterschrieben. Es ist also realistisch, daß wir bis Fristablauf Anfang Dezember dieses Jahres die Unterschriftenhürde (ein zweites Mal) schaffen und es dann im Frühjahr 2015 **endlich** zur „öffentlichen Eintragungswoche“, dem eigentlichen Volksbegehren, kommt. Wer im Vorjahr oder heuer **noch nicht** unterschrieben hat, möge dies bitte sobald wie möglich tun!

Die **Unterstützungs-Erklärung** ist in dieser WEGWARTE wieder zur Entnahme enthalten; bitte an Freunde/Kollegen/Nachbarn etc. **weitergeben**. Das gesetzlich vorgegebene Formular kann auch kopiert werden bzw. können Sie gerne weitere (auch größere Mengen) rot-weiß-rote Originalformulare zur Zusendung bei uns anfordern. Je mehr Bürger eine persönliche Information zum EU-Austritts-Volksbegehren erhalten, desto besser! Man muß viele Samen ausstreuen, damit es zu einer „**Ernte**“ kommen kann. Und nicht wenige davon gehen erst nach Jahren auf...

Im Mai, Juni und Juli (werden) wir zahlreiche **AKTIONSTAGE** auf den zentralen öffentlichen Plätzen von Landes- und Bezirkshauptstädten in Wien, N.Ö., O.Ö.,

Salzburg, Kärnten u.d. Steiermark durchführen, teilweise - soweit (finanziell) möglich - mit örtlichen Notaren, ein Service vor allem für Berufstätige, die oft nicht so leicht die Ämter (zu teilweise „berufsfeindlichen“ Parteienverkehrszeiten) aufsuchen können. Die genauen Termine können Sie jeweils etwa zwei Wochen davor unserer Internet-Adresse **www.eu-austritts-volksbegehren.at** entnehmen oder unter der Telefonnummer 0664/4251935 erfahren.

da dieses - wie die EU insgesamt - das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten außer Kraft setzt. Bei jedem Beschluß im EU-Parlament können **eine große Mehrheit von 27** der dzt. 28 Mitgliedstaaten die Anliegen des 28., also eines einzelnen, Mitgliedstaates jederzeit **überstimmen**, z.B. beim Transitverkehr oder anderen wichtigen Fragen, die eben jeweils nur **einen** Staat betreffen. Das ist ja genau das Gegenteil von dem, was Bürger wollen, die sich für den EU-Austritt aussprechen... Außerdem unterstützt man mit jeder Stimme für eine bei diesen Wahlen kandidierende Partei (ganz egal welche) die **enorme Geldverschwendung** für den „Apparat“ EU-„Parlament“. Niemand braucht ein Parlament, das **über** den nationalen Parlamenten steht, außer denen, die davon finanziell profitieren.

Inge Rauscher, Obfrau der IHU, Bevollmächtigte des überparteilichen EU-Austritts-Volksbegehrens.

Österreichische Post AG / Sponsoring Post Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer



Transparent bei der Anti-EU-Demonstration am Nationalfeiertag des Jahres 2012 in Wien

An den Wahlen zum **EU-„Parlament“** beteilig(t)en wir uns **nicht**,

Österreichische Post AG / Sponsoring Post Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

Die Politik der Kriegstreiber USA und EU vergewaltigt jegliches Völkerrecht!

Am Beispiel der Ukraine

25 der 28 EU-Mitgliedstaaten sind gleichzeitig **NATO-Mitglieder**, darunter alle großen EU-Staaten. Die Militärallianz der NATO ("North Atlantic Treaty Organisation") wurde ursprünglich als Verteidigungsbündnis deklariert, hat aber in den letzten Jahrzehnten zahlreiche **Angriffskriege** geführt und Tod und unermeßliches Leid über Millionen von Menschen gebracht: Irak, Serbien, Afghanistan, Libyen sind nur einige der jüngsten, schrecklichen Beispiele dafür. Keiner dieser Staaten war auch nur die geringste Bedrohung für USA oder EU oder hätte eine reale (militärische) Chance gehabt, sich gegen deren Angriffe zu wehren. Bei all diesen Kriegen waren **EU-Staaten** an der Seite der USA für die großflächige Vernichtung von Leben, Infrastruktur und Kultur **mitverantwortlich**. Das ist nur Vielen, die glauben, daß die EU ein "Friedensprojekt" sei, nicht bewußt oder es wird eben verdrängt, weil "weit weg" und nicht "bei uns". Das macht es aber um nichts besser!

Erst jetzt, wo diese ungeheuerliche Politik von USA und EU angesichts der von ihnen herbeigeführten Lage in der Ukraine eine **militärische Konfrontation mit der Atommacht Rußland** geradezu heraufbeschwört, wachen auch "bei uns" viele Menschen auf und beginnen, die Gefahr zu erkennen.

Derzeitige Ukraine-Regierung nicht demokratisch legitimiert

Der derzeitige Regierungschef Jazenjuk ist aus keiner Volkswahl hervorgegangen, auch nicht indirekt. Er ist das Ergebnis eines gewaltsamen Umsturzes, dem jegliche rechtliche Legitimität fehlt, also eines Staatsstreiches. Mit diesem wurde das wenige Tage zuvor (am 21.2.2014) von offiziellen Vertretern der Ukraine, Rußlands und der EU (!) beschlossene Verhandlungsergebnis mit Gewalt zunichte gemacht. Solche "Gewaltherrscher" werden von den USA und allen ihnen hörigen

Verbündeten in der EU und außerhalb sowie deren Medien-Sprachrohren unterstützt. Damit wird der Gewalt als Mittel der Politik auch überall anders Tür und Tor geöffnet!

NGO's unterminieren Staaten

Seit vielen Jahren sind in der Ukraine insgesamt **zweitausend (!)** sogenannte NGO's tätig, die meisten von den USA bzw. diesen nahestehenden Geldgebern wie dem Multi-Milliardär Soros u.a. mit Riesenbeträgen finanziert, die auf eine "Eindämmung Rußlands" hinarbeiten in einem Land, das einen großen Bevölkerungsanteil an Russen hat. Eine solche Unterminierungs-Tätigkeit von als "Stiftungen" u.ä. Bezeichnungen getarnten "Agenten-Gruppen" mit ausländischer Finanzierung ist an sich bereits ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht, also das Recht der jeweils ortsansässigen

(Staats-)Völker auf **Selbst-, nicht Fremdbestimmung!**

Der langjährige Staatsrechtslehrer, Univ.Prof. **Dr. Karl Albrecht SCHACHTSCHNEIDER**, hat dazu wie folgt Stellung genommen (kurze Auszüge):

Warum unterstützt die EU die Aggressionspolitik der USA?

Die NATO, geführt von den USA, will sich nach Osten bis an die Grenze Rußlands ausdehnen. Das ist ein wesentlicher Zweck der stetigen Erweiterung der EU, der wirtschaftlichen und auch politischen Basis des europäischen Teils der NATO. Wenn die Ukraine zur NATO gehört, was die USA anstreben, wird sie Standort von gegen Rußland und die GUS gerichteten Waffen werden, jedenfalls werden können. Mit dem Umsturz in der Ukraine ist es bereits gelungen, diese aus der

Fortsetzung auf Seite 5

DVD für unsere Leser: Der Staatsstreich in Kiew

Dies war das Thema des letzten Informationsabends der IHU, bei dem **Prof. Dr. Peter BACHMAIER**, der langjährige leitende Mitarbeiter des Österr. Ost- und Südosteuropa-Instituts und Präsident der Österr.-Weißrussischen Gesellschaft, aufschlußreiche und belegte Details dazu darlegte. Wir haben uns die Mühe gemacht, seinen Vortrag und die **völkerrechtliche** Ergänzung dazu, die **Frau Dr. Barki** an diesem Abend einbrachte, aufzunehmen und für Sie als DVD produzieren zu lassen. Auf der DVD (ca. zwei Stunden Laufzeit) ist in einer **Live-Dokumentation** auch zu sehen, daß die Gewalt am Majdan-Platz (über 100 Tote) **nicht** von der Regierung des gewählten, aber verjagten Präsidenten Janukowitsch ausging...

Viele unserer Leser wohnen zu weit weg von Veranstaltungsorten, deshalb wollen wir auch ihnen diese Informationen zukommen lassen. Der Direktversand dieser DVD an tausende WEGWARTE-Empfänger in ganz Österreich ist für uns ein großes finanzielles Risiko! Sie haben diesen ja nicht bestellt, daher besteht auch **keine** Zahlungsverpflichtung (wie bei der WEGWARTE selbst ja auch nicht). Trotzdem ersuchen wir Sie, **freiwillig** für die DVD den Betrag von 8,80 € per beiliegendem Zahlschein bzw. Überweisung auf unser Konto einzuzahlen, damit zumindest die Kosten für Produktion und Versand „hereinkommen“. Dafür im voraus vielen Dank! Die DVD kann auf einem PC mit Laufwerk oder einem DVD-Player abgespielt werden. Aus Kostengründen konnten wir die DVD **nicht an alle** WEGWARTE-Empfänger mitversenden. Diesen senden wir sie aber gerne „auf Bestellung“ zu: bitte am Zahlschein den Vermerk „Bestellung DVD“ dazuschreiben.

AUSTRITT aus der EU

Überparteiliches

VOLKSBEGEHREN

Weil Österreichs Bürger nicht länger als **Melkkuh** für die „Rettung“ des **TEURO** und der Banken-Mißwirtschaft herhalten wollen!

Immer höhere Milliardenzahlungen für „Brüssel“ - das Faß ohne Boden - bedeuten eine kalte **Enteignung** der Bürger-Einkommen. Stattdessen Wieder-Eintritt in die funktionierende und sparsame **EFTA** zur Regelung der Handelsbeziehungen.

Weil echte **NEUTRALITÄT** jegliche Mitwirkung an einem Militärpakt wie der EU-Armee (mit ihrem Naheverhältnis zur NATO) ausschließt - siehe Schweiz.

Weil wir nicht Mitglied der **ATOMMACHT EU** bleiben und für diese auch nicht weiter zahlen wollen (EURATOM-Vertrag!).

Weil das oberste Prinzip der EU - der **grenzenlose**, völlig ungezügelte **FREIHANDEL** - nur den Konzerninhabern dient zum **Schaden** von Volkswirtschaften, Natur und Gesundheit!

Folgen: Verfall der Löhne, Gehälter und Pensionen, Verlust der örtlichen Nahversorgung, Lebend-Tiertransporte über riesige Entfernungen, kein (Einfuhr-) Schutz vor genmanipulierten Substanzen.

Weil mit dem **Lissabon-Vertrag**, der geltenden Arbeitsgrundlage der EU, die wichtigsten Prinzipien jeglicher **DEMOKRATIE** (zum Beispiel die Gewaltenteilung) **ausgeschaltet** wurden. Nicht gewählte Kommissare bestimmen, das EU-„Parlament“ hat **keine** Gesetzgebungsbefugnis.

So können Sie das Volksbegehren unterstützen:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem **amtlichen Lichtbildausweis** (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das **Gemeindeamt** bzw. **magistratische Bezirksamt** Ihres Hauptwohnsitzortes gehen.
2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung **vor dem Beamten unterschreiben** und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder umgehend an uns retour senden.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Sobald mindestens 8.460 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

Wer sind die Betreiber des Volksbegehrens?

Ein überparteiliches Personenkomitee aus langjährigen Trägern und Mitarbeitern unabhängiger Bürgerinitiativen: **Inge RAUSCHER**/Initiative Heimat & Umwelt, **Helmut SCHRAMM**, Angestellter, **Dr. Franz-Joseph PLANK**/Tierschutzorganisation Animal Spirit, **Renate ZITTMAYR**, Bäuerin, **Mag. Markus LECHNER**, Finanzbeamter i.R., **Inge SCHERFF**, Anti-Atom-Aktivistin, u.v.a. Unterstützt wird das Volksbegehren auch vom früheren parteifreien Justizminister **Hans Richard KLECATSKY**, Universitätsprofessor für öffentliches Recht in Innsbruck, und der Wiener Rechtsanwältin **Dr. Eva Maria BARKI**, spezialisiert auf Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte. Kontaktadresse: Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516, ihu@a1.net.

www.eu-austritts-volksbegehren.at

Fortsetzung von Seite 2

GUS herauszuberechnen. Das geht gegen die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation und auch der GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten). Rußland hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Erweiterung der NATO nach Osten zugelassen, auch schon die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO.

Die zwar nicht vertraglich, aber doch damals klare Zusage, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen, hat der Westen **nicht** eingehalten. Wenn ein Bündnis, zumal ein Militärbündnis wie die NATO, zu mächtig wird, wird es zur **Bedrohung** der anderen Staaten und büßt seine freiheitliche Rechtfertigung ein!

Und zur angeblichen "Annexion" der Krim:

Recht auf Selbstbestimmung laut UNO-Charta

Das Selbstbestimmungsrecht der Bürger der Krim kann durch völkerrechtliche Verträge oder die Verfassung der Ukraine **nicht** aufgehoben werden. Die Krim hatte und hat als autonome Republik jedes Recht, einen eigenen Weg zu gehen und sich von der Ukraine zu separieren. Die Hilfestellung Rußlands beim Sezessionsprozeß der Krim war verhältnismäßig und kein Verstoß gegen das Völkerrecht.

Nicht die Staaten sind souverän, sondern **die Menschen als Bürger**. Die Staaten sind Organisationen der Bürgerschaften, mittels derer diese ihr gemeinsames Wohl zu verwirklichen suchen. Die zentralen Figuren der Politik sind die Menschen, deren wichtigstes Recht ihre **politische Freiheit** ist, Kern ihrer Würde. Daraus erwächst das **Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Kern der**

Charta der Vereinten Nationen.

Dieses Recht schützt die Freiheit der Menschen, nicht spezifisch den Bestand von Staaten.

Die gesamte 6-seitige Stellungnahme von Prof. Schachtschneider mit dem Titel "Der Kampf um die Krim als Problem des Staats- und Völkerrechts" kann auf seiner Webseite www.kaschachtschneider.de eingesehen werden unter "Zeitungsbeiträge" Nr. 66. Wird von uns auf Wunsch auch per Post zugesandt.

NEUTRALITÄT ÖSTERREICHS nur möglich bei einem Austritt aus der EU!

Anhand der jetzigen Lage erkennen auch viele Bürger, wie "mitgefangen-mitgegangen" alle EU-Mitgliedstaaten durch die "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) der EU sind, zu der sie sich ja auch alle vertraglich verpflichtet haben - auch Österreich, das dies aufgrund seiner im Verfassungsrang stehenden Neutralität gar nicht dürfte.... Auch die österreichische Regierung anerkennt die Putschregierung in der Ukraine und trägt die **Sanktionen** mit, mit denen Rußland für völkerrechtlich korrektes Handeln **bestraft (!)** wird, und ist damit mitschuldig an der Zerrüttung geordneter politischer Beziehungen zu Rußland.

Ein für einen neutralen Staat unmögliches Verhalten, mit dem Österreich in eine **offenbar von den USA in Kauf genommene militärische Konfrontation (!) mit Rußland** mithineingezogen würde.... Wenn schon die EU sich in völlig unverantwortlicher Weise vor diesen Karren der Politik der USA spannen läßt, sollte Österreich zur "immerwährenden Neutralität" zurückkehren und diese auch "leben", was eben nur außerhalb der EU mit ihrer Verstrickung in der NATO möglich ist. Dies erfordert eben eine **eigenständige** Außenpolitik - siehe Schweiz!

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninsetrate!

WEGWARTE 24. Jahrgang, Folge 3, Mai 2014

Zulassungsnr. "02Z033544S" Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,

Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. Mai 2014

Spendenkonto: IBAN: AT36600000007483053, BIC: OPSKATWW

DER ERSTE WELTKRIEG - URSACHEN UND WIRKUNGEN

von Reinhard R. HEINISCH *

Der Weg bis hin zum Ersten Weltkrieg, dessen Ausbruch sich heuer zum 100. Male jährt, war in der Geschichte des mitteleuropäischen Zentralraumes geprägt vom deutschen Dualismus zwischen Brandenburg-Preußen und der Habsburger Monarchie. Das 18. und 19. Jahrhundert brachte immer wieder unselige Bruderkämpfe, in die sich auch auswärtige Mächte einmischten, allen voran Frankreich, aber auch Rußland und England, oft verbündet mit deutschen Reichsfürsten. Ein Bild der Zerrissenheit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation von den verschiedenen Erbfolgekriegen über die Befreiungskriege gegen die napoleonische Usurpation bis zum deutsch-französischen Krieg von 1870/71 als einen der Höhepunkte der „Erbfeindschaft“.

Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Gründung des zweiten deutschen Kaiserreichs am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles. Alle deutschen Fürstentümer und Länder waren nun in einem Reich vereinigt, wie es nach dem Ende des Ersten Reiches im Jahre 1806 vor allem im Revolutionsjahr 1848 erträumt worden war. Ausgeschlossen vom deutschen Nationalstaat blieben freilich die Deutschen in Österreich-Ungarn: nach dem letzten Bruderkrieg von 1866 hatte Bismarck die Habsburger zugunsten der Hohenzollern aus der deutschen Politik verdrängt, sicher auch bedingt durch die Inkonsequenz Österreichs. Wie schon 1648 wurde es nun verstärkt in südosteuropäische Bereiche abgedrängt, wobei sich der Balkan rasch zu einem europäischen Krisenherd ersten Ranges entwickeln sollte.

Hatten sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts die meisten Balkanstaaten von der osmanisch-türkischen Herrschaft befreien können, so blieben doch territoriale Probleme bestehen. Das Königreich Serbien entwickelte sich zu einem

entscheidenden Machtfaktor vor allem gegen Österreich. Der Berliner Kongreß von 1878 wurde durch den Reichskanzler Bismarck Schauplatz wichtiger Entscheidungen für diese Region: neben der Vereinigung der Moldau und Walachei zum rumänischen Staat wurde Bosnien-Herzegowina durch Österreich okkupiert. Das brachte eine von Deutschen und Ungarn ungern gesehene Verstärkung des slawischen Elements mit sich, aber auch die Gegnerschaft Serbiens, da in den beiden Regionen neben Kroaten und Muselmanen viele orthodoxe Serben außerhalb ihres Mutterlandes verblieben.

Als quasi natürlicher Verbündeter Serbiens etablierte sich bis 1914 Rußland: der Zar als geistliches Oberhaupt aller Orthodoxen, der aber auch imperialistische Ziele im Hinblick auf die begehrten Meerengen Bosphorus-Dardanellen verfolgte. Andererseits war mit dem 1871 geschlagenen Frankreich zu rechnen: hier blieb bis 1914 die Frage Elsaß-Lothringen virulent, die beiden urdeutschen Länder, die nach 1648 zu Frankreich und eben 1871 an Deutschland gekommen waren; der französische Revanchismus wurde immer wieder betont. In dieser Situation wurde am 7. Oktober 1879 der Zweibund zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn abgeschlossen, ein geheimer Defensivvertrag, dem 1882 auch das geeinigte Königreich Italien beitrug. Mit Rußland schloß Deutschland im Juni 1887 einen Rückversicherungsvertrag ab, der allerdings durch den persönlichkeitsbedingt oft martialisch auftretenden Kaiser Wilhelm II. nach 1890 nicht mehr erneuert wurde.

Auf der anderen Seite beendeten 1904 Frankreich und England durch die „Entente cordiale“ ihre alten Differenzen und bereiteten damit ein Defensivbündnis gegen das Reich vor. 1907 trat Rußland diesem Bündnis bei und rundete mit

dieser „Triple Entente“ die Mächtekonstellation ab. Die oft beklagte Einkreisung der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn war perfekt! Überdies fand im Sommer 1909 in der russischen Hauptstadt St. Petersburg ein Slawen-Kongreß statt: die am 5. Oktober 1908 erfolgte Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich wurde als Provokation empfunden und dagegen ein panslawistisches Bündnis unter russischer Führung projiziert.

In den Jahren 1912 und 1913 tobten zwei Balkankriege, denen ein antitürkisches und dann antiösterreichisches Bündnis unter bulgarischer und dann serbischer Führung vorausgegangen war. Die dominante Stellung Serbiens konnte nur gegen Österreich gerichtet sein, und so fielen am 28. Juni 1914 die verhängnisvollen Schüsse von Sarajewo: der proslawische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gattin wurden vom Serben Gavrillo Princip ermordet; im Hintergrund stand ganz offensichtlich der serbische Geheimbund „Schwarze Hand“, der bis in die höchsten Regierungskreise reichte. Aber auch andere europäische Geheimbünde und internationale Finanzkreise hatten ihre Hände im Spiel.

Von Politikern und Historikern wurden seither immer wieder Fragen nach der „Kriegsschuld“ aufgeworfen und Vorwürfe erhoben, vor allem freilich als politisches Instrument gegen die Verlierer des großen Krieges. Meistens wurde und wird der Nationalismus als treibende Kraft angeklagt, neuerdings werden neben der reichsdeutschen Seite vor allem Kaiser Franz Josef und der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf als Kriegstreiber schlechthin apostrophiert! Tatsächliche „Schuld“ haben freilich – und das sei ausdrücklich betont – a l l e am Ersten Weltkrieg beteiligten Staaten auf sich geladen. War der Besuch des Thronfolgers

ausgerechnet an dem für die Serben in Erinnerung an die Schlacht am Amsfeld von 1389 heiligen Veitstag eine Provokation, so war das österreichische Ultimatum vom 23. Juli 1914 in der Formulierung sicher auch kein diplomatisches Glanzstück. Ob aber die europäischen Politiker wie „Schlafwandler“ in den Krieg gegangen sind, wie unlängst ein australischer Autor getitelt hat, sei dahingestellt. Sehr bald erfolgten russische und deutsche Unterstützungserklärungen für die eine und andere Seite, Ende Juli gab es in St. Petersburg französisch-russische Geheimgespräche mit Bekenntnissen zur serbischen Souveränität. Am 25. Juli beschloß der russische Kronrat in Krasnoje Selo die direkte Unterstützung Serbiens, und am 28. erfolgte schließlich trotz deutscher und anderer Vermittlungsversuche die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.

Zwei Tage später erfolgte die russische Generalmobilmachung, einen Tag darauf die österreichisch-ungarische und französische. Nachdem Deutschland von Rußland die Aufhebung der Mobilmachung gefordert und darauf keine Antwort erhalten hatte, erfolgte am 1. August die deutsche Generalmobilmachung und die Kriegserklärung an Rußland und wenig später an Frankreich. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Belgien, wie es der deutsche Generalstab aus strategischen Gründen gemäß dem Schlieffen-Plan gefordert hatte, stellte England, ein erklärter Gegner deutscher Wirtschaftsexpansion und der Flottenausrüstung durch Tirpitz, ein Ultimatum an das Reich, in dem die Respektierung der Neutralität Belgiens gefordert wurde, die allerdings zu diesem Zeitpunkt durch die Zusammenarbeit mit Frankreich mehr als fraglich geworden war. Dieses Ultimatum bedeutete nichts anderes als die englische Kriegserklärung an Deutschland, worauf sich weitere wechselseitige Kriegserklärungen förmlich überschlugen.

Zum Weltkrieg wurde der militärische Konflikt bereits am 23. August 1914 durch die Kriegserklärung Japans an Deutschland und

im November durch die russisch-englisch-französische Kriegserklärung an die jetzt überwiegend asiatische Türkei. Folgenswer für die Mittelmächte war das Übergehen des bisherigen Verbündeten Italien auf die Seite der Alliierten: der Londoner Vertrag vom April 1915 hatte den Italienern die Brennergrenze, Istrien, Dalmatien, Libyen und Gebiete in Kleinasien zugesichert; im Mai bzw. im August erfolgten die Kriegserklärungen an Österreich-Ungarn und Deutschland. Im gleichen Jahr schloß sich Bulgarien diesen beiden Ländern an, während Rumänien, dem Siebenbürgen und das Banat in Aussicht gestellt wurde, 1916 und Griechenland 1917 auf die Seite der Alliierten traten. Noch folgenschwerer wurde der fadenscheinig mit dem deutschen U-Boot-Krieg begründete Kriegseintritt der USA im gleichen Jahr; Wilsons 14-Punkte-Programm sollte sich später als verhängnisvoll erweisen.

So verbluteten in vier Kriegsjahren die europäischen Völker auf den Schlachtfeldern und im Stellungskrieg in Frankreich – Verdun wurde zu einem Fanal des Grauens -, in Flandern – hier war es Langemarck -, in Galizien, in den Dolomiten und am Balkan. Der erste moderne Krieg der Weltgeschichte wurde technisiert nun auch in der Luft geführt, die Meere sahen Schlachten wie am Skagerrak, es wurden die ersten U-Boote eingesetzt und am Festland die ersten Tanks bzw. Panzer. Leidtragende waren nicht nur die Soldaten, sondern zunehmend auch die Zivilbevölkerung. Besonders in Deutschland und in Österreich brach die Versorgung der Menschen, also vor allem der Kinder, Frauen und alten Leute zusammen; die seit Februar 1915 einsetzende völkerrechtswidrige Hungerblockade der Engländer wirkte sich bis in die Nachkriegszeit verheerend aus.

Rußland brach 1917 als erstes zusammen, nach einer bürgerlichen und einer bolschewistischen Revolution wurde der Zar abgesetzt und später ermordet, mit dem Frieden von Brest-Litowsk schied es aus

dem Krieg aus. Die Mittelmächte durften jetzt hoffen, nachdem sie bereits 1916 mit der Wiedererrichtung Polens eine Befriedungsaktion eingeleitet hatten. Letztendlich waren aber alle Anstrengungen umsonst, die Materialüberlegenheit vor allem der USA wirkte sich kriegsentscheidend aus. Friedensfühler der Mittelmächte wurden ignoriert oder waren einfach lächerlich, wie die Aktion des letzten österreichischen Kaisers Karl, der in der „Sixtusaffäre“ einen Vertrauensbruch an deutschen Bundesgenossen beging.

Das Ende kam schnell. Nach dem Waffenstillstand vom November 1918 folgten die Zertrümmerung der mitteleuropäischen Monarchien und mit den Pariser Vororteverträgen von Versailles, Saint Germain und Trianon die Friedensdiktate. Österreich-Ungarn wurde in Nationalstaaten aufgeteilt, Millionen Deutsche wie Ungarn wurden fremden Staaten unterstellt, dem deutschen Rest-Österreich ohne Südtirol und Untersteiermark der Anschluß an Deutschland verboten. Den Deutschen im Reich, von denen es nach Ansicht französischer Politiker 20 Millionen zu viel gab, wurden bedeutende Gebietsabtretungen von Elsaß-Lothringen, Nordschleswig bis nach Westpreußen und Oberschlesien diktiert, sinnlos-ungeheuerliche Reparationen bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts auferlegt, Industrieanlagen demontiert und das Heer auf 100.000 Mann abgerüstet. Diese „Friedens“-Diktate führten zu einem völligen politisch-wirtschaftlich-moralischen Niedergang der deutschen Mitte Europas und legten den Keim zum nächsten Weltkrieg, der den „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“ abschloß und mit dem völligen Zusammenbruch Deutschlands enden sollte.

Univ.Prof.i.R. Dr. **Reinhard R. HEINISCH ist Historiker und wirkte ab 1967 am Institut für Geschichte der Universität Salzburg, ab 1980 als a.o. Professor. Er ist auch Präsident der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde.*

Einladung zum
Vortrags- und Diskussionsabend
anlässlich 20 Jahre EU-Beitritts-Abstimmung

WENDE oder ENDE einer lebenswerten WELT

am **Donnerstag, 12. Juni 2014**, um **18 Uhr** (pünktlich !!)
in **W I E N** im Festsaal der ehem. **Wirtschaftsuniversität**
im **9. Bezirk, Augasse 2-6**

U4/U6 Station Spittelau (Fußweg 10min Richtung Verkehrsamt), Straßenbahn D Station Liechtenwerder Platz
PKW-Garage gegenüber Verkehrsamt (Josef-Holaubek-Platz)

Es spricht:

O.Univ.Prof. iR DI Dr. Alfred HAIGER

Nach einem Rückblick auf die Situation vor der Abstimmung vom 12.6.1994 werden die seither eingetretenen Entwicklungen in der Finanz-, Land-, Verkehrs- und Energiewirtschaft im Vergleich zur Schweiz erörtert. Die damaligen Versprechungen werden mit den Fakten verglichen und Schlußfolgerungen gezogen.

IHU treibende Kraft der EU-Widerstandsbewegung in Österreich!

Die Mitarbeiter der IHU waren **von Anfang an** gegen diese zentralistische Bevormundungs- und Umverteilungsmaschinerie. Bereits zwei Jahre vor der EU-Beitrittsabstimmung von 1994 begannen wir mit einer großen Serie von **insgesamt 60 (!) Aufklärungsvorträgen** in den sieben größeren Bundesländern Österreichs mit jeweils 400 bis über tausend Besuchern, die alle vom damals noch amtierenden Uni für Bodenkultur-Professor **Alfred HAIGER** gehalten wurden mit dem Titel ARGUMENTE GEGEN EINEN EU-„ANSCHLUß“. Die zeitaufwendige, arbeitsintensive Organisation und Finanzierung durch Plakatierung und Postwürfe „an jeden Haushalt“ im jeweiligen Einzugsbereich erfolgte durch die IHU; **über eine Million Flugblätter** mit eben diesen ARGUMENTEN wurden verschickt und bei Info-Ständen verteilt. Leider „erlagen“ aber 54,3% der Stimmberechtigten der massiven Lügen- und Manipulationskampagne der pro-EU-Propaganda, für die laut späteren Berechnungen rund **eine Milliarde Schilling** in die „Schlacht“ geworfen wurden.... Von den rund 82,3%, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten rund 66,6% für den EU-Beitritt.

Unmittelbar danach erarbeiteten wir über dreitausend behördliche Unterstützungserklärungen von Bürgern für die **Anfechtung** der Volksabstimmung, die am 23.7.1994 fristgerecht vom Verfasser, **Univ.Prof. Dr. Erwin BADER**, beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) eingereicht wurde.

Am 5.11., wenige Tage vor dem Beschluß des EU-Beitritts im Parlament am 11.11.1994 in Anwesenheit

des amerikanischen und britischen Botschafters, riefen wir bei einer Demonstration mehrerer unabhängiger Initiativen am Stephansplatz den „Beginn der EU-Austrittsbewegung“ ins Leben. Von 1998 bis 2000 arbeiteten wir an der Einleitung des **Volksbegehrens für die NEUAUSTRAGUNG der EU-VOLKSABSTIMMUNG** mit der Fragestellung am Stimmzettel: „Soll der EU-Beitritt außer Kraft gesetzt werden?“. Dieses Volksbegehren unterschrieben in der Eintragungswoche vom 29.11. bis 6. 12. 2000 fast zweihunderttausend Österreicher (genau 193.901). In den Jahren danach stand die IHU an vorderster „Front“ der Aufklärungsarbeit über die „**EU-Verfassung**“, später in „**Lissabon-Vertrag**“ umbenannt. 2008 ermöglichten wir durch Übernahme des Hauptanteils der Kosten die „**Klage gegen die EU-Verträge**“ beim VfGH, in der auf 372 Seiten von **Prof. SCHACHT-SCHNEIDER** im Detail dargelegt wird, warum die EU-Mitgliedschaft Österreichs **verfassungswidrig** ist. 2009 (wie schon 2002) beteiligten wir uns aktiv auf seiten der Gegner des Nizza-Vertrags, später des Lissabon-Vertrags, bei den diesbezüglichen Volksabstimmungen **in Irland**. Ab 2010 Arbeit am überparteilichen **EU-Austritts-Volksbegehren**.

Parallel dazu produzierten wir all die Jahre dieses zähen Ringens an die **hundert (!)** Ausgaben der WEGWARTE mit fundierten Informationen nicht nur zum EU-Austritt, sondern auch zu vielen anderen Themen, die für die **Erhaltung der Lebensgrundlagen** der Menschen und Völker, Tiere und Pflanzen notwendig (Notwendend) sind.